

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe März 2026

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an [unsere Mail-Adresse](#). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Klaus Zierer: Die Handys raus aus den Klassenzimmern**
- **Andreas Apetz: "Fließbandarbeit": Lehrerin warnt vor Entwicklung im Deutschunterricht an Grundschulen**
- **Norbert Häring: Wenn Kinderschänder Kinder vor TikTok schützen wollen, geht es wahrscheinlich um etwas anderes**
- **BüSo: US-Finanzminister: USA haben Proteste im Iran provoziert**
- **Larry C. Johnson: Kurze Geschichte zwischen Iran & USA**
- **Karin Leukefeld: Vor den Augen der Welt**
- **Humanitäre Krise für vertriebene Palästinenser**
- **Israels Landraub und die Besetzung im Westjordanland eskalieren**
- **Erich Vad: Ukraine: 4 Jahre Blutvergießen**
- **Jörg Kronauer: Kriegshäfen unter Beobachtung**
- **Zum 4. Jahrestag des Ukrainekrieges: Aufrufe zu Mut zum Frieden**
- **Alexander Kouzminov: So gerät die EU in die Energiekrise**
- **Wachsende Ungleichheit gefährdet Demokratie**
- **UN-Sonderberichterstatterin: "Spielraum für die Meinungsfreiheit in Deutschland schrumpft"**
- **Multipolar: EU-Parlamentarier fordern Abschaffung von EU-Sanktionen wegen Meinungsäußerung**
- **Harald Martenstein: Prozess gegen Deutschland**
- **Th. Oysmüller: WEF als Zentrale des großen Finanz-Resets**
- **Norbert Häring: Verbände verabschieden Aufruf zum Erhalt der Barzahlungsmöglichkeiten**

**Sieger ist nicht,
wer Schlachten in einem Krieg gewinnt,
sondern wer Frieden stiftet.**

Editorial

*Wir wenden uns eingangs dem wichtigen Zukunftsthema zu, der **Bildung der Jugend**. Klaus Zierer begründet, warum Handys nicht ins Klassenzimmer gehören. Andreas Apetz betont, dass das Lernen von Druckschrift statt verbundener **Schreibschrift** den Grundschulkindern schadet. Norbert Häring weist darauf hin, dass unter dem Vorwand des Jugendschutzes **totale Kontrollen** durch eine digitale Ausweispflicht für alle eingeführt werden soll, während mögliche Jugendschutzmaßnahmen außen vor bleiben.*

*Die **Proteste im Iran** sind nach Aussage des US-Finanzministers von den USA bewusst provoziert worden. Larry Johnson beleuchtet die **Geschichte des Verhältnisses der USA zum Iran** seit dem Sturz Mossadeghs. Karin Leukefeld erinnert an die menschenverachtende Praxis, die Israel nicht erst seit kurzem im Nahen und Mittleren Osten betreibt. In weiteren Beiträgen wird das dadurch aktuell geschaffene **Elend der Palästinenser** beschrieben.*

*Im Zusammenhang mit dem **Ukrainekrieg** erläutert Erich Vad, dass Deutschland mit der Zustimmung zum "Operationsplan Deutschland" seine vollständige Zerstörung besiegelt. Dagegen sieht Jörg Kronauer in den Protesten der Hafenarbeiter in über 20 Häfen verschiedener Länder **gegen Waffenlieferungen nach Israel und in die Ukraine** einen Beitrag zu Transparenz und ethischer Nachhaltigkeit, was unsere Presse aber nicht zu Schlagzeilen veranlasst. Sehr bedenkenswert ist ein **Friedensvorschlag für die Ukraine**, den Harald Kujat und Michael von der Schulenburg vorgelegt haben. Auch IPPNW fordert nachdrücklich Friedensinitiativen. Laut Globalbridge ist die EU auch wegen der **Energielieferungen** auf gute Beziehungen zu Russland angewiesen.*

*Auf das Problem wachsender wirtschaftlicher Ungleichheit als **Gefahr für die Demokratie** weist ein neuer Bericht von Oxfam hin. Eine weitere Gefährdung der Demokratie liegt in der **Einschränkung der Meinungsfreiheit**, die die UN-Sonderberichterstatterin als Tendenz in Deutschland feststellt. Noch schärfer gilt das für die Sanktionen, die die EU für einzelne Personen (z.B. Jacques Baud) ausspricht. Zur Meinungsfreiheit auf der politischen Ebene hat Harald Martenstein einen vielbeachteten Vortrag gegen das geforderte AfD-Verbot gehalten. Abschließend wird die Gefährdung der Demokratie im Zusammenhang mit einer eventuellen **Bargeldabschaffung** von Thomas Oysmüller und Norbert Häring beleuchtet.*

[Inhalt](#) ↑

- Klaus Zierer: **Die Handys müssen raus aus den Klassenzimmern**

Klaus Zierer, Ordinarius für Schulpädagogik, sieht [in Deutschland einen "nationalen Bildungsnotstand"](#) (Seite 10-12). Im Interview geht er auf zwei Aspekte ein, an denen daher Änderungen erfolgen müssen, um das Absinken der Schülerkompetenzen beim Lesen, Rechnen, Schreiben sowie dem Nachlassen der körperlichen Verfassung und Konzentrationsfähigkeit entgegenzuwirken. Die Konzentrationsfähigkeit und das Wohlbefinden der Schüler ließe sich seiner Meinung nach verbessern, indem für die Schülern von der Grundschule bis zur Oberstufe ein Handyverbot gilt. Von der Abschaffung der Schulnoten hält Zierer nichts, da diese dazu da seien, um bei Schülern ihre Kompetenzen sichtbar zu machen; allerdings sollte die Anzahl von standardisierten und aussagefähigen Noten reduziert werden und einem Missbrauch von Noten entgegengewirkt werden. Hinsichtlich der Rückmeldung des Lehrers an die Schüler sagt Zierer: "Am wichtigsten ist das sogenannte 'Feedforward', das die Frage beantwortet: Was sind die nächsten Schritte? Die Lehrer müssen dem Schüler nach dem Test sagen, woran er arbeiten muss oder was er verbessern kann. Das ist das Feedback, das der Schüler am meisten braucht, in der Realität aber so gut wie nie bekommt."

[Klaus Zierer](#), Jg. 1976, studierte Grundschulpädagogik und unterrichtete fünf Jahre an der Grundschule. Er promovierte 2003 und habilitierte 2009, wurde 2011 Professor für Erziehungswissenschaft und 2015 Ordinarius für Schulpädagogik an der Uni Augsburg. Er ist Autor und bringt sich in bildungspolitische Debatten ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andreas Apetz: **"Fließbandarbeit": Lehrerin warnt vor Entwicklung im Deutschunterricht an Grundschulen**

Ist es richtig, den Kindern in den Grundschulen zuerst die Druckschrift statt einer verbundenen Handschrift beizubringen? Die Berufsschullehrerin und ausgebildete Schriftexpertin Katarina Rehm hält das für einen entscheidenden Fehler. Denn: "Druckschrift ist zwar sachlich und funktional, aber eben auch [wie Fließbandarbeit, ohne kindgerechte Bewegung und Emotion](#)." Laut dem Neurowissenschaftler Lutz Jäncke hat die Hirnforschung festgestellt, dass das Erlernen der Druckschrift generell deutlich mehr Training erfordert. Denn wer einem Kind zuerst Druckbuchstaben beibringe, verlange von den Kindern die komplexeren, fragmentierten Bewegungen vor dem fließenden Grundmuster zu lernen. Das stellt laut Jäncke eine unnötige Erschwernis, laut Rehm eine zusätzliche Überforderung dar.

[Andreas Apetz](#) ist seit 2021 für das Netzwerk von Ippen.Media tätig. Dort begann er zunächst als freier Mitarbeiter in den Bereichen Politik (Ukraine, Israel, Trump) und SEO (search engine optimization). Seit Dezember 2025 ist er als Redakteur in der Online-Redaktion tätig und berichtet dort über soziale Ungerechtigkeit und die Missstände des Alltags. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Wenn Kinderschänder Kinder vor TikTok schützen wollen, geht es wahrscheinlich um etwas anderes**

Ein Verbot von 'Social Media' für Kinder und Jugendliche wird weltweit vorangetrieben, angeblich um sie zu schützen. Vorangetrieben wird es laut Norbert Häring von einer globalen "Elite", die jahrzehntelang Jugendliche und Kinder missbraucht und gequält hat und bis heute die Täter schützt. In Wahrheit geht es ihnen um ein Ende der nicht-überwachten Nutzung des Internets. Für Häring ist es zwar überfällig, dass etwas getan wird, "um Kinder und Jugendliche vor schädlichen und gefährlichen Inhalten, vor Online-Sucht, Online-Seelenstress und Manipulation zu schützen". Als relevante Maßnahmen sieht Häring die Durchsetzung des Datenschutzrechts,

Verbot algorithmischer Vorschlagssysteme für 'Social Media' (um absichtlich erzeugter Online-Sucht, Meinungsmanipulation und künstlich verstärkter Radikalisierung vorzubeugen), Entwicklung einer Kinderschutzapp durch Digitalkonzerne oder Regierungen, die es Eltern erlaubt, ihre Kinder effektiv vor Pornografie und Online-Sucht zu schützen, und Smartphone-Verbote in Schulen. Aber nichts davon sei ins Auge gefasst worden. [Alles Heil sei in der Alterskontrolle, am besten über Gesichtsfotos, gesehen worden](#), wofür heute die Technologie fähig sei – eine Technologie des Ausforschens und der totalen Kontrolle.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: **US-Finanzminister: USA haben Proteste im Iran provoziert**

Während einer Anhörung des Bankausschusses des US-Senats am 05.02.2026, bei der US-Finanzminister Scott Bessent aussagte, fragte Senatorin Katie Britt, ob die USA mehr tun könnten, um Druck auf den Iran auszuüben. Bessents Antwort: "Was wir im Finanzministerium tun können und [was wir getan haben, ist, eine Dollarknappheit im Land zu schaffen](#). [...] Sie kam im Dezember zu einem schnellen und, wie ich sagen würde, grandiosen Höhepunkt, als eine der größten Banken im Iran zusammenbrach. Es kam zu einem Ansturm auf die Bank. Die Zentralbank musste Geld drucken. Die iranische Währung befand sich im freien Fall. Die Inflation explodierte. Und so sahen wir das iranische Volk auf die Straße gehen." Die Krise habe dazu geführt, dass einige Mitglieder der iranischen Führung Geld aus dem Land transferierten. "Die Ratten verlassen also das sinkende Schiff, und das ist ein gutes Zeichen dafür, dass sie wissen, dass das Ende nahe sein könnte". Er räumte ferner ein, dass Washington die Ölexporte Teherans "auf Null" gedrückt habe, was den Druck auf die Wirtschaft des Landes noch verstärkt habe. Am 20.01.2026 sagte Bessent in einem Interview, die US-Sanktionen seien ausdrücklich darauf ausgerichtet, die iranische Währung zu schwächen.

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, die Welt aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Larry C. Johnson: **Kurze Geschichte des Verhältnisses zwischen Iran und USA**

Um das Bild vom Iran, das die westlichen Medien publizieren, besser durchschauen zu können, legt der US-amerikanische Journalist und Militärexperte Larry Johnson die [Geschichte seit 1953 zwischen den USA und Iran](#) kurz dar. Irans Ärger mit den USA beginnt 1953 mit dem von CIA und MI6 unterstützten Sturz des demokratisch gewählten Mohammed Mossadegh. Die dann folgende Regentschaft des von den USA unterstützten Schah Mohammad Reza Pahlavi führte durch Unterdrückung und Autokratie, schnelle Verwestlichung, wirtschaftliche Ungleichheit und Inflation 1979 zur islamischen Revolution. Es kam zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, zu US-Sanktionen und zur Besetzung der US-Botschaft in Teheran einschließlich einer 444 Tage dauernden Geiselkrise und dann jahrzehntelangen Konfrontationen. Die USA ermutigten den Irak, den Iran mit US-Unterstützung militärisch anzugreifen. Am Ende unterstützten die USA den Irak auch bei der Produktion von chemischen Waffen, die am Ende dieses Krieges tonnenweise eingesetzt wurden. Während des Bürgerkriegs im Libanon kam es zu weiteren Spannungen zwischen den USA und dem Iran, dessen Revolutionsgarde die gegen die in den Libanon

eingefallenen israelischen Truppen kämpfenden Hisbollah-Milizen unterstützte. Die USA griffen mit ihren Kriegsschiffen selbst in den Konflikt ein, was wiederum zu Selbstmordattentaten auf US-Kasernen führte.

Die Zahl der US-Zivilisten, die seit 1979 durch den Iran und seine Stellvertreter (Hisbollah, Hamas) getötet wurden, wird laut Johnson auf 50 bis über 100 geschätzt, je nachdem, ob Doppelstaatsbürger und weniger gut dokumentierte Fälle mit einbezogen werden. Die Zahl der getöteten US-Soldaten wird seit 1979 auf einige hundert bis über 1'000 geschätzt, je nach Quelle und Umfang der Zuschreibung. Dem stellt Johnson die Zahl ziviler Todesopfer gegenüber, die die USA allein im 21. Jahrhundert im Irak und in Afghanistan gewaltsam verursacht haben. Laut IBC (Iraq Body Count) beläuft sich die Zahl der dokumentierten gewaltsamen Todesfälle im Irak unter Zivilisten nach jüngsten Aktualisierungen auf insgesamt ungefähr 187'000 bis 211'000, in Afghanistan auf 46'000 bis 100'000.

Johnsons Fazit: "In den letzten 46 Jahren wurde die US-amerikanische Öffentlichkeit mit einer iranischen Terrorismusgefahr manipuliert, die im Vergleich zu dem, was Amerika getan hat, verblasst. Wenn wir die Zahl der Iraner hinzurechnen, die durch einen von den USA finanzierten Stellvertreter getötet wurden, dann nähert sich die Zahl der Todesopfer einer Million. Wenn es einen Gott gibt, der über Nationen wegen ihrer bösen Taten richtet, dann ist das einzige Land, das das göttliche Urteil fürchten sollte, die USA, nicht der Iran."

[Larry C. Johnson](#) ist ein ehemaliger Geheimdienstanalyst der CIA, der auch im Büro für Terrorismusbekämpfung des US-Außenministeriums tätig war. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Karin Leukefeld: **Vor den Augen der Welt**

Bis auf wenige, kaum hörbare Kritik an der Zerstörung des Hauptquartiers der UNRWA in Ostjerusalem sieht Karin Leukefeld keine ernstzunehmende Reaktion der westlichen Politik: keine Rede von Sanktionen, keine Einbestellung israelischer Diplomaten. Vielmehr würden weiterhin beste Beziehungen zur israelischen Regierung gepflegt, die für ihre Interessen einen "neuen Mittleren Osten" auf "regelbasierter" Basis schaffen soll, der den eigenen geopolitischen Interessen entspricht. Mit Israel werden Rüstungsverträge und Strategieverträge abgeschlossen, trotz der Missachtung von UN-Beschlüssen, trotz Völkermords.

Leukefeld erinnert an die Geschichte Israels, die schon 1948 u.a. Hannah Arendt und Albert Einstein zu der Warnung veranlasste, vor der Begin-Partei Herut zu warnen, die "in ihrer Organisation, ihren Methoden, ihrer politischen Philosophie und ihrer sozialen Anziehungskraft den nationalsozialistischen und faschistischen Parteien sehr ähnlich" sei. Die "terroristische Partei verrät in ihren Handlungen ihren wahren Charakter", hieß es in deren Offenen Brief. "Aus ihren vergangenen Handlungen können wir beurteilen, was von ihr in Zukunft zu erwarten ist." Leukefeld erinnert an die Massaker der zionistischen "Irgun", an die von Israel bewusst zugelassenen Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon, an die permanente Zerstörung von Menschen und Infrastruktur im Rahmen von Israels "Kampf gegen den Terror". Leukefeld abschließend: "[Seit mehr als 100 Jahren dauert dieser Krieg](#). Vor den Augen der Welt werden die Menschen täglich bedroht, gejagt, als 'Terroristen' diffamiert, getötet. Von der israelischen Besatzungsmacht und auch von den Staaten und Regierungen, die die Besatzung und den Krieg fördern und finanzieren, werden die menschlichen Lebensgrundlagen verwüstet, Kinder werden getötet. Und dennoch, trotz hochentwickelter Waffensysteme, trotz Mauern und Zäunen, trotz Rund-um-die-Uhr-Überwachung und trotz Drohnen, die die Menschen in ihren Wohnungen bedrohen oder die Wohnungen sprengen – sind sie immer noch da, diese Menschen in Palästina, Libanon, in der Region. Sie halten fest an ihrem Land. Mit Recht."

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Humanitäre Krise für vertriebene Palästinenser

Israel ist seit dem Beschluss des sogenannten Waffenstillstands mit der Hamas im Oktober 2025 verpflichtet, die Grenze in Rafah zu öffnen. Fast vier Monate später konnten Menschen nun am 02.02.2026 [den Grenzübergang im Süden des Gazastreifens in beide Richtungen passieren](#) – seit Mai 2024 war er nahezu vollständig geschlossen. Nicht mehr als 50 Personen sollen am ersten Tag der Öffnung nach Gaza hineingelassen werden und die Enklave in Richtung Ägypten verlassen dürfen, wie AP unter Berufung auf einen ägyptischen Offiziellen meldete. Israelische Medien berichteten zuvor, dass täglich 150 Menschen den Küstenstreifen verlassen und nur 50 hineinkommen dürfen – damit bestünde die Gefahr einer langsamen Vertreibung der Palästinenser. Etwa 20'000 Menschen warten darauf, im Ausland lebenswichtige medizinische Versorgung zu erhalten, die sie in Gaza aufgrund der systematischen Zerstörung des Gesundheitssystems durch Israel nicht bekommen können – das betrifft etwa Krebs- und Dialysepatienten oder Menschen, deren Amputationen nicht adäquat behandelt werden können. Mindestens 1'268 Palästinenser sind laut der dortigen Gesundheitsbehörde bereits gestorben, weil ihnen die Ausreise verweigert wurde. Eine Verbesserung der Versorgungslage ist nicht in Sicht, denn Tel Aviv verhindert weiter die uneingeschränkte Einfuhr von Medikamenten.

Ende Januar forderte "[das IKRK Israel als Besatzungsmacht auf, die schnelle und ungehinderte Durchfahrt humanitärer Hilfe zuzulassen](#) und zu erleichtern. Im Gaza-Streifen treiben extreme Wetterbedingungen und Überschwemmungen die Palästinenser in ihrem täglichen Kampf ums Überleben an ihre Grenzen. Kälte, heftiger Regen und starke Winde stellen neue Herausforderungen für die Menschen dar, die bereits mehrfach vertrieben wurden und nun mit ansehen müssen, wie ihre Zelte, auf die sie als Schutz angewiesen sind, zerrissen, überflutet oder weggeweht werden. Um die Gesundheit und Würde der Palästinenser im Gaza-Streifen zu gewährleisten, fordert das IKRK Israel als Besatzungsmacht auf, die schnelle und ungehinderte Durchfahrt humanitärer Hilfe zuzulassen und zu erleichtern. Alles andere bringe Menschenleben in Gefahr.

Helfen Sie mit einer Spende! Info unter: <https://www.icrc.org/de/spende/ikrk-israel-gaza>

[Inhalt](#) ↑

● Israels Landraub und die Besetzung im Westjordanland eskalieren

Mit einer sehr ausführlichen Reportage berichten vier Journalisten in der 'New York Times' über ihren Besuch im Westjordanland. So konnten die Journalisten beobachten, wie bewaffnete israelische Siedler plötzlich in palästinensischen Siedlungen auftauchten, die Bewohner schikanierten und einschüchterten. Und wie Israelis Zäune errichten, welche die Bauern von ihrem Land aussperren. Und wie sie immer mehr Straßensperren bauen, um die Bewegungsfreiheit der Palästinenser einzuschränken. Und wie die Siedler illegalerweise jüdische Außenposten errichten und wie das israelische Militär häufig bei illegalen Handlungen der Siedler wegschaut oder diese erleichtert. Und wie Siedler ein palästinensisches Haus nach dem andern plündern und dabei Obszönitäten schrien oder wie israelische Soldaten Häuser der Palästinenser zerstören, nachdem diese von Siedlern vertrieben worden sind.

Nach drei Monaten vor Ort kam die NYT zu folgendem Fazit: "Die israelischen Angriffe haben ein [freies palästinensisches Leben im Westjordanland so gut wie unmöglich gemacht](#). Zwar regiert

die Palästinensische Autonomiebehörde einen Teil des Westjordanlands, doch bleibt das israelische Militär die Besatzungsmacht des gesamten Gebiets. Das Militärrecht hat Vorrang vor den Vorschriften der Autonomiebehörde. Es gibt kaum Rechtsstaatlichkeit. Die Dorfbewohner sind der Willkür von Siedlern und Mitgliedern von Militärkommandos ausgeliefert. Diese betreiben Selbstjustiz und üben fast uneingeschränkte Macht über sie aus. Regelmäßig nimmt das Militär Palästinenser ohne nähere Erklärung oder Begründung fest.“ Nach ihrem zweimonatigen Aufenthalt im Westjordanland berichteten die Journalisten, im gesamten Westjordanland herrsche unter den palästinensischen Dorfbewohnern und Bauern Verzweiflung. Sie müssten mitansehen, wie ihr Land in einem noch nie dagewesenen Tempo übernommen werde.

Die israelische Regierung erließ am 04.12.2025 ein [Dekret, das die Registrierung von Land im Gebiet C des Westjordanlands zur Erweiterung der Siedlungen vorschreibt](#). Israel hat bereits mit der illegalen Siedlung Adam begonnen, indem es eine andere Siedlung erweitert, die die Straße von Ramallah in Richtung Süden blockiert. Dadurch wird die “Grüne Linie” verwischt, und die Rechte der Palästinenser auf Eigentum und Souveränität werden untergraben. Die israelische Regierung hat sich für ein schnelles Vorgehen entschieden, weil dies den Forderungen der rechtsextremen und ultra-orthodoxen Wähler entspricht. Die arabischen Staaten, die EU und sogar die USA lehnen die Annexion Israels offiziell ab, haben jedoch laut BIP keine konkreten Maßnahmen ergriffen, um sie zu stoppen.

[Infosperber](#) ist eine unabhängige schweizerische Online-Zeitung und konzentriert sich auf das, was große Medien übersehen oder vernachlässigen. (Red.)

Das [Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern BIP e. V.](#) möchte, dass sich die deutsche Politik ohne Ausnahme zur Einhaltung von Menschenrechten positioniert, auch wenn es um die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete sowie die Blockade von Gaza geht und dies gerade deswegen tut, weil sich Deutschland als Freund Israels versteht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Erich Vad: **Ukraine: 4 Jahre Blutvergießen**

Angesichts der Kräfteverhältnisse im Krieg in der Ukraine ist laut Erich Vad, Brigadegeneral a.D. und ehemaliger militärpolitischer Berater von Angela Merkel, der Krieg von Kiew nicht zu gewinnen. Daher seien die westliche Politik der puren Waffenlieferungen ohne Verhandlungen und der Befeuerung des Kriegs unsinnig. Der Einzige, der eine europäische Friedensinitiative versucht habe, sei Viktor Orbán während seiner EU-Ratspräsidentschaft gewesen. Für Vad ist unverständlich, dass deutsche Politiker die Sicherheitsinteressen ihres Landes übergehen und eine Eskalation zulassen.

[Im ‘Operationsplan Deutschland’ sieht Vad die vollständige Zerstörung Deutschlands besiegelt](#), “weil die Aufmarschzentren und Bewegungsachsen, die quer durch Deutschland führen, im Falle eines Krieges auch angegriffen würden“.

Vad erinnert daran, dass Russland, wie andere Großmächte auch, keine westlichen Waffen an ihren Grenzen und ein Mindestmaß an Kontrolle über angrenzende Pufferstaaten haben will. Vad: “Mit einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine hätte ich hingegen ein großes Problem. Ich traue den Amerikanern zu, dass sie den Europäern die Sicherheitsgarantien für die Ukraine aufbürden. Wir haben aber im EU-Vertrag die Beistandsverpflichtung, die sogar weitergehender bindet als der NATO-Vertrag. Wenn wir die Ukraine aufnehmen, importieren wir das russische Problem nach Europa. Das könnte Europa sprengen.“

[Erich Vad](#), Jg. 1957, Brigadegeneral a.D., war sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und bis 2013 im Führungsstab der Streitkräfte tätig und ist seit 2015 Unternehmensberater und Dozent an Universitäten im In- und Ausland. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jörg Kronauer: Kriegshäfen unter Beobachtung**

Unter dem Motto "[Die Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg!](#)" protestierten am 06.02.2026 Zehntausende in über 20 Häfen Europas, vor allem am Mittelmeer, gegen die aktuellen Kriege, gegen die Militarisierungspolitik der EU und gegen die Nutzung der Häfen für Waffenlieferungen etwa nach Israel oder in die Ukraine. Das Zentrum des Aktionstags bildete Italien, wo die Basisgewerkschaft USB (Unione Sindacale di Base) Arbeiter und Unterstützer in einem guten Dutzend der wichtigsten Häfen des Landes zu einem Hafenstreik mobilisieren konnte – von Genua über Palermo bis Triest. Proteste gab es u.a. auch in Spanien, Griechenland und in der Türkei, in Deutschland wurde in Hamburg protestiert. In Marokko mussten geplante Kundgebungen aufgrund schwerer Unwetter abgesagt werden. Zu den Protesten aufgerufen hatten neben der USB noch vier weitere Gewerkschaften – LAB aus dem Baskenland, Enedep aus Griechenland, Liman-İş aus der Türkei und ODT aus Marokko. Wie bei vergangenen Aktionen konnte die USB das Anlegen von mit Waffen beladenen Schiffen verhindern. Dem autonomen Hafenarbeiterkollektiv CALP (Collettivo Autonomo Lavoratori Portuali) in Genua bereitet den Aufbau einer Beobachtungsstelle vor, die im Hafen "die Transparenz, die ethische Nachhaltigkeit und die Sicherheit der Hafenarbeiter" überwachen soll. Die Proteste am 06.02. richteten sich nicht nur gegen Kriege und die Nutzung der Häfen für die Kriegslogistik, sondern auch gegen den Abriss der Sozialsysteme. Gefordert wurden auch bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

[Jörg Kronauer](#), Jg. 1968, ist Soziologe und freier Journalist, lebt in London, ist Redakteur des Nachrichtenportals ‚German Foreign Policy‘ und veröffentlicht regelmäßig in ‚junge Welt‘. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Zum 4. Jahrestag des Ukrainekrieges: Aufrufe zu Mut zum Frieden**

Harald Kujat und Michael von der Schulenburg rufen die EU dringend dazu auf, aufgrund ihrer gegenwärtigen Unfähigkeit international stabil zu kooperieren, "endlich [den Mut auf\[zu\]bringen, einen neuen Weg zur Selbstbehauptung und zum Frieden zu suchen](#). Dazu muss sich die EU, als größte politische Gemeinschaft Europas, aus ihrer selbst auferlegten moralischen Zwangsjacke befreien, die sie daran hindert, mit einem Gegner überhaupt zu sprechen. Sie muss beginnen, sich den neuen Realitäten zu stellen, um der Diplomatie eine echte Chance zu geben. [...] Wenn wir in Frieden zusammenleben wollen, müssen wir das tun, was wir in den vergangenen vier Jahren konsequent abgelehnt haben: mit Russland über eine friedliche Lösung des Ukrainekrieges zu verhandeln."

Sie erinnern an den [detaillierten Vorschlag zu Friedensverhandlungen](#), den sie "gemeinsam mit Horst Teltschik, Peter Brandt, Hajo Funke und Johannes Klotz erarbeitet haben". Die darin genannten Friedensziele seien: "1. Die Sicherung des Fortbestands der Ukraine als souveräner, unabhängiger und funktionsfähiger europäischer Staat – und die Wiederherstellung einer Zukunftsperspektive für die Bevölkerung nach vier Jahren eines grausamen Krieges. 2. Den Grundstein einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedensordnung zu legen, die sowohl die Sicherheitsinteressen Russlands als auch jene der Ukraine berücksichtigt. 3. Darauf aufbauend die Ausarbeitung konkreter Lösungen für die zentralen Konfliktpunkte, sodass der Krieg bei ausreichender Kompromissbereitschaft beider Seiten beendet werden kann." Es gehe darum, darüber zu verhandeln, "wie ein gemeinsames Europa mit einer EU und einem Russland und mit einem souveränen ukrainischen Staat in dessen Mitte aussehen solle". Diese Ziele "stünden amerikanischen Friedensbemühungen nicht entgegen, sondern würden sie durch eine eigenständige europäische Verhandlungsschiene sinnvoll ergänzen. So könnten dann auch amerikanische Interessen mit denen Europas zusammenfließen."

Deutschland sollte laut Kujat und von der Schulenburg "eine Führungsrolle bei der Suche nach einer friedlichen Lösung" übernehmen. "Das Grundgesetz ist eine Friedensverfassung", laut der

Deutschland "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen" soll. Deutschland, mit Abstand größter finanzieller Unterstützer der Ukraine, "sollte ein Interesse daran haben, dass seine milliardenschweren Unterstützungszahlungen für den Aufbau der Lebensgrundlagen des schrecklich geschundenen ukrainischen Volkes und nicht für Waffen und weitere Zerstörungen ausgegeben werden. Es würde Deutschland den Zugang zu den Rohstoffen und Märkten des wirtschaftlich aufstrebenden Asiens eröffnen. Die in einen Abwärtsstrudel geratene deutsche Wirtschaft würde am meisten von einem kooperativen Verhältnis mit Russland gewinnen. Hinzu kommt eine besondere historische Verantwortung. Deutschland stand Russland im Ersten und Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg und steht ihm nun erneut als Gegner gegenüber. Gerade deshalb muss es möglich sein, einen anderen Weg zu finden – und zwar aus Deutschlands ureigenem Interesse."

Anlässlich des 4. Jahrestages des Ukrainekrieges fordert die IPPNW von Bundesregierung und EU einen Strategiewechsel in ihrer Ukrainepolitik. Sie sollten die derzeit stattfindenden Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter der Leitung der USA durch eigene diplomatische Vorschläge konstruktiv begleiten. Die Friedensorganisation fordert die Bundesregierung auf, ihre [Politik am Schutz von Leben und Gesundheit der Menschen auszurichten](#). Kriegstüchtigkeit und Hochrüstung schaffen keine Sicherheit. Dazu gehört, dass die Bundesregierung und die EU wieder eigene Gesprächskanäle und Dialogformate und diplomatische Kontakte mit Russland initiiert oder reaktiviert. Deutschland solle sich zudem innerhalb der NATO für ein gesichertes Ende der NATO-Osterweiterung einsetzen, eingebettet in das Prinzip der Gemeinsamen Sicherheit, das sowohl die Sicherheitsinteressen Russlands als auch jene der Ukraine berücksichtigt. Wenn die Verhandlungsbemühungen des US-Präsidenten scheitern sollten, droht die Ausweitung des Krieges und das Risiko einer nuklearen Eskalation steigt weiter.

[Harald Kujat](#), Jg. 1942, ist ein deutscher General a. D. der Luftwaffe. Er war von 2000 bis 2002 als 13. Generalinspekteur der Bundeswehr der ranghöchste Offizier der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Seit seiner Pensionierung tritt Kujat als Kritiker und Experte für Sicherheitspolitik auf. (Red.)

[Michael von der Schulenburg](#), Jg. 1948, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, arbeitete über 34 Jahre für die Vereinten Nationen und kurz darauf für die OSZE in vielen Ländern. (Red.)

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Alexander Kouzminov: **So gerät die Europäische Union in die Energiekrise**

Viele Jahre lang war die Wirtschaft der EU auf erschwingliche Energielieferungen aus Russland angewiesen. Nach dem Wegfall dieser Lieferungen war der industrielle Niedergang in der EU nur eine Frage der Zeit. Nach seiner detaillierten Betrachtung der Folgen von der Abwendung von russischen Energieträgern zieht der Wissenschaftler Alexander Kouzminov folgende abschließende Schlussfolgerungen: "1. Die Energiekrise in der EU hat zur Deindustrialisierung der Alten Welt geführt. 2. Hohe Energiepreise werden den Volkswirtschaften der EU-Länder einen schweren Schlag versetzen, was zu einem Rückgang der Investitionen, einer Verlangsamung der Schaffung von Arbeitsplätzen, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer Deindustrialisierung führen und eine echte Bedrohung für die Energiesicherheit und wirtschaftliche Souveränität der EU darstellen wird. 3. Die wachsende wirtschaftliche und insbesondere energetische Abhängigkeit der EU von

ihrem amerikanischen Partner stellt ein ernstes geopolitisches Risiko für Europa dar. 4. [Die kurzsichtige Energiepolitik zwingt die europäische Industrie in die Knie und führt zu ihrer Deindustrialisierung.](#) 5. Die EU wird gezwungen sein, ihren Ansatz hinsichtlich der Sanktionen gegen Russland zu überdenken, da Russland als kontinentaler Nachbar Europa nicht als profitablen Partner verlassen wird.“

[Alexander Kouzminov](#) ist ein hochqualifizierter und erfahrener Umwelt- und Politikfachmann mit langjähriger Berufserfahrung in den Bereichen Wasser, Ökologie, Umweltgesundheit, Biosicherheit, Risikomanagement, Unternehmensführung, Projekt- und Programmentwicklung und -management. Er sammelte seine Erfahrung sowohl im staatlichen Sektor als auch in der Wirtschaft, im akademischen Bereich und in der Beratung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Wachsende Ungleichheit gefährdet Demokratie**

Das Vermögen von Milliardären ist in 2025 um 2,5 Billionen auf den Rekordwert von 18,3 Billionen US-Dollar angewachsen. Dieser Anstieg in nur einem Jahr entspricht laut der Hilfsorganisation Oxfam fast dem gesamten Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung, also von mehr als vier Milliarden Menschen. Im Jahr 2025 sei das Vermögen der Milliardäre dreimal schneller als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre gewachsen. Wirtschaftliche Ungleichheit spiele eine wichtige Rolle bei der Aushöhlung von Rechten und politischen Freiheiten und schaffe einen fruchtbaren Boden für zunehmenden Autoritarismus. Untersuchungen zeigen laut Oxfam, dass zunehmende Ungleichheit einer der stärksten Indikatoren für den Beginn des Zerfalls von Demokratien ist. Oxfam: [“Die wirtschaftliche Armut der Mehrheit führt tendenziell zu politischer Armut;](#) sie sehen sich größeren Hindernissen bei der Teilnahme an Politik, Entscheidungsfindung und öffentlichem Leben gegenüber. Dies schränkt die Möglichkeiten der Menschen ein, Einfluss auf die Politik zu nehmen, ihre Rechte wahrzunehmen und ihre Zukunft zu gestalten.“

Laut Oxfam lebt fast die Hälfte der Weltbevölkerung – 3,77 Milliarden Menschen – in Armut, also von weniger als 8,30 US-Dollar pro Tag. Rund 2,3 Milliarden Menschen seien von moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. Diese Zahl stieg zwischen 2015 und 2024 um 42,6%. Frauen sind laut Oxfam überproportional stark von Armut betroffen, auch weil sie einen Großteil der unbezahlten sozialen Arbeit leisten und deshalb eine geringere soziale Absicherung haben. Die sogenannten Median-Gehälter von Unternehmensgeschäftsführern (CEOs) in Deutschland seien zwischen 2019 und 2024 30-mal so stark gestiegen wie die Reallöhne von Beschäftigten. Gleichzeitig lebe etwa ein Fünftel der Menschen in Deutschland in Armut.

[Oxfam](#) ist eine globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, deren Mitarbeiter sich für das Ziel einer gerechten Welt ohne Armut engagieren. Ca. 80% der Arbeit geht in [langfristige Projekte und in Nothilfe](#). Es erfolgen Publikationen zu verschiedenen Themen wie Frauenrechten, sozialer Ungleichheit, Klima oder Gesundheit. (Red.)

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **UN-Sonderberichterstatterin: “Spielraum für die Meinungsfreiheit in Deutschland schrumpft“**

Die UN-Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit, Irene Khan, kommt nach einem mehrtägigen Deutschlandbesuch zum Ergebnis, dass “der Spielraum für die Meinungsfreiheit in Deutschland schrumpft“. Auf einer Pressekonferenz am 06.02.2026 warnte sie, ein “übermäßig

straft- und sicherheitsorientierter Ansatz“ der Bundesregierung im Umgang mit politischer Meinungsäußerung könne, “den Raum für eine vielfältige, sinnvolle demokratische Debatte“ einschränken. Entsprechende Maßnahmen drohten, das “Vertrauen der Öffentlichkeit in eben jene demokratischen Werte und Institutionen zu untergraben, die die Regierung zu schützen versucht“. Es gebe eine [“tiefe Kluft im Verständnis der Bedeutung von Meinungsfreiheit“](#). Zu den Maßnahmen, die “im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsnormen“ stünden, zählt Khan unter anderem den “verstärkten Schutz“ von öffentlicher Kritik ausgesetzten Amtsträgern. Auch die “pauschalen Verbote von Slogans im Zusammenhang mit pro-palästinensischen Protesten“ sowie die “Überwachung von Organisationen aufgrund schwammiger, undefinierter ‘Extremismus’-Vorwürfe“ habe zu “Unsicherheit hinsichtlich der Grenze zwischen geschützter und verbotener Meinungsäußerung geführt“ und fördere “Stigmatisierung und Selbstzensur“. Sie schloss sich zudem den kürzlich vom Menschenrechtskommissar des Europarates geäußerten Bedenken darüber an, dass die Arbeitsdefinition von Antisemitismus “von einigen deutschen Behörden so ausgelegt wurde, dass Kritik an Israel als antisemitisch gilt“, was “eindeutig im Widerspruch zum internationalen Verständnis der Meinungsfreiheit“ stehe. Insgesamt attestiert die Sonderberichterstatterin, dass der Spielraum für die Meinungsfreiheit in Deutschland durch mehrere Trends untergraben werde. Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Migrantenfeindlichkeit und geschlechtsspezifischer Hass hätten zugenommen. Zudem klagten “einige politische Parteien, die in rassistischen, fremdenfeindlichen und autoritären Ideologien verwurzelt sind, über Zensur“. Khan lobte die Umsetzung des ‘Digital Services Act’ (DSA) der Europäischen Union (EU) in Deutschland.

In dem Interview, in dem sich der ehemalige MdB Andrej Hunko allgemein zum Sanktionsregime von EU, USA und Deutschland äußert, wird Hunko von Thomas Kaiser auch [zum Fall Jacques Baud und der Meinungsfreiheit befragt](#). Hunko sagt dazu, dass die Bundesregierung die Äußerung der EU, dass Baud in prorussischen Medien regelmäßig Gast gewesen sei, in ihrer schlampigen Art umformuliert habe, Baud sei in “russischen Fernsehsendungen“ aufgetreten. Hunko: “Wenn man die Mahnung ‘Wehret den Anfängen’ jetzt benutzt, dann trifft es auf diese Entwicklung zu.“ – Hunko gibt an, dass er die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Irene Khan, getroffen und auf die Fälle der sanktionierten Publizisten Jacques Baud, Hüseyin Dogru und Natalie Yamb angesprochen habe. Dabei habe sich herausgestellt, dass Khan zwar den Umgang mit Kritikern an Israels Kriegsführung gegen die Palästinenser kritisiere, aber z.B. den DSA (Digital Service Act) der EU positiv erwähne und bei allem, was Richtung EU gehe, zurückhaltend bleibe.

Das Magazin ‘[Multipolar](#)’ legt Wert auf multiperspektivischen Journalismus, gründliche Analysen und pointierte Kommentare zu Politik und Gesellschaft. Das leserfinanzierte Magazin wurde 2020 von den Journalisten Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch gegründet. (Red.)

[Andrej Hunko](#), Jg. 1963, Medizinstudium, Ausbildung als Mediengestalter, seit 1981 aktiv in der Friedens-, Umwelt- und sozialen Bewegungen. Von 2009 bis 2025 Mitglied des Bundestages und von 2010 bis 2025 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Multipolar: “Rechtswidrige Praxis“: EU-Parlamentarier fordern Abschaffung von EU-Sanktionen wegen Meinungsäußerung

Die EU-Parlamentarier Michael von der Schulenburg, Ruth Firmenich sowie der tschechische EU-Abgeordnete Ondřej Dostál fordern eine Abschaffung der EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen, die beschuldigt werden, “Desinformation“ im Auftrag Russlands zu verbreiten. In ihrem gemeinsamen Statement vom 28.01.2026 appellieren sie an alle politischen Fraktionen im Europäischen Parlament, gegen die “rechtswidrige Praxis [...] über alle politischen Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten“. Ziel müsse sein, die [Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit](#)

[“wiederherzustellen”](#). Die Sanktionen stellten eine “inakzeptable Bedrohung” dieser Prinzipien dar.

Den 59 Sanktionierten würde ihr “Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren” verweigert. Die Beschlüsse des Rates zur Sanktionsverhängung würden im Geheimen gefasst. Die Betroffenen würden nicht im Voraus über die gegen sie erhobenen Vorwürfe informiert, erhielten zuvor keinen Zugang zur Beweisführung und hätten damit auch kein Recht auf Anhörung oder rechtliche Vertretung. Ebenso wenig werde öffentlich gemacht, welche Regierung die Sanktionierung beantragt habe und wie die Entscheidung zustande gekommen sei. Erst nachdem der Rat eine Person zu Sanktionen “verurteilt” habe, könne diese Auskunft über die Beweisführung erhalten und gegen den Ratsbeschluss rechtlich vorgehen. In einem den Abgeordneten bekannten Fall habe die betroffene Person diese Dokumente erst vier Tage vor Ablauf der zweimonatigen Einspruchsfrist erhalten.

Die drei EU-Abgeordneten argumentieren in ihrer Stellungnahme, dass alle EU-Mitgliedstaaten über Gesetze gegen Verleumdung, üble Nachrede, Diffamierung oder Hassreden verfügten. Es stelle sich daher die Frage, warum Vorwürfe wegen “Desinformationen” oder “destabilisierenden Aktivitäten” nicht vor nationalen Gerichten verhandelt würden, wo die Rechte der Beschuldigten geschützt seien. Im Gegensatz zu den Mitgliedsstaaten gäbe es auf EU-Ebene keine Gewaltenteilung. In den Sanktionsfällen erlasse der Rat die Entscheidung ähnlich einem Gesetz, bestimme dann, wer dieses Quasi-Gesetz angeblich verletzt habe und verhängte die Strafe in einem “außergerichtlichen Verfahren”. Es sei zudem “äußerst schwierig”, die Sanktionen anzufechten. Nationale Gerichte seien nicht zuständig und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs sei in Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik “begrenzt”. Wer rechtliche Schritte einleiten wolle, müsse sich mit einem “kafkaesk anmutendem” europäischen Rechtssystem in kürzester Zeit auseinandersetzen, erklären die drei EU-Abgeordneten.

Das Magazin ‘[Multipolar](#)’ legt Wert auf multiperspektivischen Journalismus, gründliche Analysen und pointierte Kommentare zu Politik und Gesellschaft. Das leserfinanzierte Magazin wurde 2020 von den Journalisten Stefan Korinth, Paul Schreyer und Ulrich Teusch gegründet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Harald Martenstein: **Prozess gegen Deutschland**

Mitte Februar inszenierte Milo Rau im Hamburger Thalia Theater unter dem Vorsitz der ehemaligen Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin eine dreitägige Gerichtsverhandlung zu dem Thema, ob die AfD (Alternative für Deutschland) verboten werden soll. Der Journalist und Schriftsteller Harald Martenstein hielt ein sehr hörens- und lesenswertes Plädoyer dagegen, welches teils mit Applaus, teils mit Buhrufen vom Publikum bedacht wurde (Video, 16m18).

Er macht auf den Unterschied zwischen rechts und rechtsradikal aufmerksam, der von den linken Verbotsfreunden ignoriert wird. Er wies darauf hin, dass es rechte, konservative Politiker gegeben hat und gibt, die gegen Nazidiktatur aufgetreten sind, die den demokratischen Staat aufgebaut haben. Rechte Politik muss Platz in der Demokratie haben. [Nicht wer rechte Politik macht, sondern wer sie verbieten will, schafft die Demokratie ab](#). Viele der 20% Bürger im Westen und 35% bis 40% im Osten, die die AfD wählen, haben vorher staatstragende Parteien wie CDU, SPD und FDP gewählt. Sie sind von diesen enttäuscht worden. Wer der AfD etwas entgegensetzen will, muss nur vernünftige Politik machen: die Migration auf ein vertretbares Maß beschränken, dafür sorgen, dass in den Schulen wieder gelernt wird, die Wirtschaft wettbewerbsfähig machen. Sind das faschistische oder verfassungsfeindliche Ziele? Vielleicht sind es nicht die Ziele, die von der politischen Linken vertreten werden. Aber es geht nicht darum, ob es eine Partei gibt, deren Absichten man für falsch hält, auch nicht darum, ob einzelne Personen “bullshit” von sich geben, sondern darum, ob eine Partei in Wort und Tat Unerlaubtes von sich gibt, und die demokratische

Republik abschaffen will. Nicht wer konservative Positionen vertritt, sondern wer der AfD keine Republik-Feindschaft nachweisen kann und trotzdem ihr Verbot fordert, zerstört die Demokratie. Es gehe nicht darum, ein viertes Reich zu verhindern, sondern einfach nur politische Konkurrenz ausschalten.

[Harald Martenstein](#), Jg. 1953, ist ein deutscher Journalist, Schriftsteller und Kolumnist, der für freie Debattenräume eintritt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Oysmüller: **WEF als Zentrale des großen Finanz-Resets**

Beim diesjährigen WEF-Treffen mit dem neuen WEF-Direktor Larry Fink (BlackRock-Chef) in Davos ging es nicht um Klimawandel und "Great Reset", sondern um das Finanzsystem und die [Digitalisierung des Geldes](#). Laut Thomas Oysmüller war man sich bei der Digitalisierung einig. "Weder die USA noch China oder Russland und schon gar nicht die EU weichen von dieser Agenda ab. Die USA haben zwar den digitalen Zentralbankdollar gestoppt, treiben aber die Stablecoins voran. Noor Bin Ladin, die US-Journalistin: "Sie verstecken den 'Reset' nicht einmal mehr. Das geht um die Zentralisierung der Macht durch digitale Währungen, um sicherzustellen, dass nichts ihrer Aufsicht entgeht. Digitale Währungen und Zentralbank-Digitalwährungen (CBDCs) sollen eine Welt schaffen, in der sie jede einzelne Transaktion tracken und kontrollieren können, die du machst." Bin Ladin betont: "Es ist nicht nur Gerede – es ist Handeln hin zu einem System, in dem Regierungen und Konzerne totale Sichtbarkeit in deine Finanzen haben, alles unter dem Deckmantel von Stabilität und Innovation." Dass die Digitalisierung des Geldes zum Hauptthema des WEFs geworden sei, erklärt Bin Ladin damit, dass die EZB-Chefin Christine Lagarde ab 2027 die WEF-Führung übernehmen soll.

[Thomas Oysmüller](#), Jg. 1990, studierte Philosophie und Sozialwissenschaften, ist freier Journalist und arbeitete früher beim deutschen Online-Radio detektor.fm, einige Jahre bei zackzack.at sowie für kleinere Zeitungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Verbände verabschieden Aufruf zum Erhalt der Barzahlungsmöglichkeiten**

Ein Bündnis großer Sozial- und Wirtschaftsverbände fordert in einem gemeinsamen Aufruf den zunehmenden Ausschluss von Barzahlern von wichtigen Teilen des öffentlichen Lebens zu beenden und [Bargeld per Gesetz zukunftsfest zu machen](#). Zu den 14 teilnehmenden Organisationen zählen AWO, Caritas, das Kinderhilfswerk, die BAG-Wohnungslosenhilfe, der Bundesjugendring, der Sozialverband VdK und der Verband des Backhandwerks. [Das Bündnis](#) stellt fest, dass es in Deutschland immer schwieriger wird, bar zu zahlen oder überhaupt an Bargeld zu kommen. Es warnt vor Ausschluss, besonders von Kindern, Älteren, Menschen in prekären Lebenslagen und Menschen mit Behinderungen.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑